

Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB am 20. Oktober 2021

Der Herbst und Winter werden auch dieses Jahr in Bezug auf die Pandemie eine grosse Herausforderung. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern ist die Impfquote in der Schweiz tief. Basel-Stadt steht zwar an der Spitze der Kantone mit einer Impfquote von 68,82% (Datum 15.10.2021) und hat auch schon einiges an Aktivitäten unternommen, um diese Quote weiter zu steigern, wie z.B. die erfolgreiche Impfbus-Aktion. Das ist lobenswert. Und trotzdem sind wir auch in Basel nicht bei der gewünschten Impfquote von über 80%, um Herdenimmunität zu erreichen und dementsprechend im Sinne eines Normalisierungsschrittes die Pandemie-Massnahmen wieder aufzuheben. Es braucht nun eine Impf-Offensive, denn unter dem langsamen Impf-Fortschritt leiden das Gesundheitspersonal, Jugendliche und Menschen, die auf eine Behandlung angewiesen sind. Der einzige Ausweg aus der Pandemie und mehr Freiheit für alle ist die Impfung. Nichtdestotrotz müssen wir auch diejenigen Personen, die sich bisher aus unterschiedlichen Gründen (noch) nicht geimpft haben, in die Strategie zur Pandemieeindämmung miteinbeziehen und auch die soziale Ebene im Pandemiegeschehen mitdenken.

Zielgruppenspezifische Kampagne und Aufklärung zum Thema Impfen

Es gibt unterschiedliche Erklärungen und Gründe, warum sich Personen bis jetzt nicht geimpft haben. Es gibt weiterhin viele Personen mit Ängsten und solche, die wenig Wissen über die Wirkungsweise und den Stellenwert der Corona-Impfung in der Pandemiebekämpfung haben. Besonders tief ist die Impfquote bei den Altersgruppen der 10-20 und 20-30-Jährigen. Dies muss ernst genommen und es muss unbedingt noch besser informiert werden.

Die Motionär*innen fordern deshalb die Intensivierung der zielgruppenspezifischen Informationskampagnen und explizite Aufklärungsarbeit an Schulen (Sekundar 1+2) und weiteren Ausbildungseinrichtungen sowie eine Informationskampagne direkt bei den Testzentren vor Ort.

Impfangebote niederschwelliger und zugänglicher gestalten

Die Impfangebote müssen niederschwellig und aufsuchend sein. Der Impfbus war erfolgreich und muss weitergeführt werden. Ebenso müssen die Walk-In-Tage im Impfzentrum fortgeführt werden. Die bisherigen Impfangebote in Gefängnissen, Pflegeheimen und Asylzentren sind fortzusetzen.

Die Motionär*innen fordern zudem das aufsuchende Impfen an allen Basler Sek-2-Schulen (Gymnasien, FMS etc.), Berufsschulen und Hochschulen sowie gezielte Impf-Aktionen bei den Hausärzt*innen der Stadt.

Pooltests an Basler Schulen und Bildungseinrichtungen fortsetzen und kostenloses Testen bis Ende Jahr für Jugendliche ermöglichen

Aufgrund der Tatsache, dass die Impfquote bei Jugendlichen zurzeit noch viel zu tief ist und es Zeit braucht, um diese zu erhöhen, bleibt es wichtig, dass die Testquote an den Schulen und im Alltag hoch ist, um möglichst rasch Infektionsketten zu unterbrechen.

Die Motionär*innen fordern deshalb, dass die freiwilligen und kostenlosen Pooltests an allen Schulen bis zur Sekundarstufe 1 solange weitergeführt werden, wie es die Pandemiekontrolle erfordert. Auch auf der Sek-2-Stufe und den Berufsschulen sollen die Pooltests weitergeführt werden, inkl. Zertifikatserteilung auf Anfrage.

Zudem fordern wir als schadensmindernde Massnahme für ungeimpfte asymptomatische Jugendliche im Alter von 16-25 Jahren für eine Übergangszeit bis Ende 2021 kostenlose Tests mit Zertifikatserteilung zur Verfügung zu stellen.

Damit kann die für Jugendliche sehr kurze Übergangsfrist etwas verlängert werden, bis die oben geforderte Impfkampagne für diese Zielgruppe greift.

Das Testen als sozialpolitische Massnahme garantieren

Personen, die am Existenzminimum leben, können sich die Testkosten nicht leisten. Das führt zu einem faktischen Ausschluss dieser Personen aus dem gesellschaftlichen Leben.

Die Motionär*innen fordern deshalb, dass ungeimpfte asymptomatische Personen, die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder eine IV-Rente beziehen, kostenlos mit Zertifikatserteilung testen dürfen bis die Zertifikatspflicht aufgehoben wird.

Zudem sollen ungeimpfte asymptomatische Schwangere und Personen, die geboren haben, bis 8 Wochen nach der Geburt kostenlos mit Zertifikatserteilung testen dürfen bis die Zertifikatspflicht aufgehoben ist.

Melanie Nussbaumer, Oliver Bolliger